

Zur Bildung einer nationalen Einheitsfront

Die Verhandlungen zwischen Deutschnationale und Deutsche Volkspartei am 1. und 2. Februar

Im der „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei“

Am 1. Februar 1921, zwischen den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei, Staatsminister Dr. Brüning, die folgende Darstellung:

Am 31. Januar vormittags erfuhr ich im Reichstoge von Eröffnung von Delbrück, daß Dr. Stresemann im Laufe amvondend und nach mir gefragt habe. Später stellte sich heraus, daß nicht Herr Dr. Stresemann mich bejuchen wollte, sondern die Herren Dr. Nieber und Dr. Weder. Ich ließ Herrn Dr. Nieber mitteilen, daß ich in meinem Zimmer zur Verfügung stände, und er erschien kurz darauf, indesamt allein. Seine Ausführungen begannen er mit der Mitteilung, daß er zu einem vertraulichen Gespräch komme. Im Zusammenhang damit fragte er, ob Herr Dr. Weder später noch nachkommen würde, er könne aber schon im voraus mit ihm mitteilen, was die Herren mit mir beabsichtigen. Ich selbst erwiderte, daß selbstverständlich ich mit der Vertraulichkeit streng gehandelt werden würde, und getreu dabei, indem ich auf die Zeit zeigte, die Verwendung: Was hier in diesem Zimmer mit mir vertraulich besprochen wird, kommt nicht über die vier Wände dieses Zimmers hinaus.

Herr Dr. Nieber ging dann aus, doch nach „meiner“ Meinung, ich nahm an, daß es sich dabei um meine und Dr. Weders Meinung über die Meinung von Parteifreunden der beiden Parteien handelte, die mit ihm auf demselben Standpunkt standen.

zur Abwehr der Notizen der Entente

Eine wichtige Aktion notwendig sei. Als solche wichtige Aktion würde nur eine Koalition der sämtlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Reichsparteien einschließend in Betracht kommen.

Er fragte nun bei mir an, ob wohl die Deutschnationalen eine solche Aktion mitzumachen bereit sein würden.

Ich habe dann zunächst gesagt, daß man doch von einer Koalition der Einheitsfront nur zu dem Zweck einer einmütigen Abwehr der feindlichen Propaganda reden könne; es könne mir aber nach dem, was wir am Abend zuvor über die Haltung der Reichsparteien gehört hätten — allerdings wollten sie mit einer Sonderklärung zu den feindlichen Notizen vorgehen —, daß die Basis für die Bildung einer solchen Einheitsfront überhaupt sei. Wir, die Deutschnationalen, hätten bestimmte Wünsche bezüglich der Art der Abklärung. Herr Dr. Nieber sagte darauf, über das Nähere könne es noch verhandelt werden; selbstverständlich sei für ihn bei seiner Anfrage die Voraussetzung, daß es zu einer völligen Einmütigkeit in der Abklärung komme. Infolge etwaigen Wünsche in Bezug auf die Form dieser Abklärung, z. B. über die Frage, ob man überhaupt in London verhandeln wolle usw., könnten sie erörtern werden. Man solle zunächst erst einmal davon ausgehen, daß in der Frage den Herren gegenüber die einschlägige Haltung hergestellt werden könne.

Ich führte dann weiter aus, daß auch die Deutschnationalen die Notwendigkeit der Herstellung einer Einheitsfront zum Zweck der nationalen Abwehr

anzuerkennen. Erst gestern noch sei übereinstimmend vom deutschen Volk und von mir in zwei Berliner Versammlungen diese Notwendigkeit betont worden. Unsere Einheitsfront unterliege sich aber von der von ihm geschätzten dadurch, daß wir auf das Mittel der einschließlichen Regierungskoalition der Parteien verzichten zu können glauben. Unsere Einheitsfront würde ich mir so, daß man zunächst eine großzügige einschließliche Erklärung zur Unterbrechung der an der momentanen Regierungserklärung abgab. Darüber hinaus könne man sich aber sehr wohl auch weiter verständigen, um die Regierung zu stärken. Dazu gehörte z. B.

die Feststellung bestimmter Richtlinien für die Regierung, die Unterlassung parteipolitischer Auseinandersetzungen, die dauernde interrationale Stellungnahme, eventuell sogar die Verlegung des Reichstages auf längere Zeit,

um die Regierung ganz von Parteiflühen unabhängig zu machen. Im späteren Verlauf der Unterredung habe ich noch diese Richtung als eine Möglichkeit noch weiter ausgebaut, — ich habe ausdrücklich hingewiesen, daß dies ein Gebote sei, das natürlich erst nach der Prüfung bedürfe —, daß unter Umständen sogar Minister gewissermaßen als Sachverständiger freiwillige Diktatoren aus den verschiedenen Parteien

bestanden werden könnten, wodurch ein von Parteifreunden unabhängiges Kabinett gebildet würde. Für den Fall einer solchen Ministerbestellung würden die Deutschnationalen natürlich bereit sein, die Deutschnationalen mitzumachen, daß außer sozialistischen Vertretern dieser Art auch aus ihren Parteikreisen die entsprechenden Persönlichkeiten gestellt werden könnten. Zimmer aber ging ich davon aus, daß eine einschließliche Parteikoalition nicht nötig wäre.

Daraufhin stellte sich Herr Dr. Weder ein. Auf Wunsch des Niebers wiederholte ich ihm den Gehalt der bisherigen Verhandlungen, worauf er seinerseits den Gedanken der vorgeschlagenen Regierungskoalition nunmehr näher erörterte. Er betonte wiederholt, daß es ohne einschließliche Parteikoalition nicht gelingen würde, den erforderlichen Eindruck auf das Ausland herbeizuführen. Die Koalition solle aber keineswegs eine innerpolitische sein, im Gegenteil, bedürfe es nur einer rein äußerlichen Wirkung, bloß zur nationalen Abwehr. Im der inneren Politik sollten die Geschäfte

ganz wie bisher fortgehen. Herr Weder meinte u. a., daß im Steueranfrage und in anderen Angelegenheiten die Verhandlungen auch weiterhin in der bisherigen Weise verlaufen könnten, und auf meine Frage, wie er sich denn die Rückwirkung auf die

Stellung der Parteien im Wahlkampf

vorstelle, erwiderte er, der Wahlkampf solle von der neuen Koalitionsbildung ganz unberührt bleiben; dort müßten die Gegenstände ganz wie bisher angetragen werden, man könne den geneigten Parteien in dieser Hinsicht nichts schenken und es beste nicht daran, daß man etwa Zentrum oder Demokraten oder den sonstigen zu schonen habe. Demgegenüber äußerte ich lebhaft Bedenken; wenn nämlich eine einschließliche Parteikoalition zustande komme, so müsse nach meiner Ansicht auch in Wahlkampfe Bedeutung getragen werden, man müsse dann Bürgerlichen halten und sich gegenseitig schonen. Auch dies sei schon dem Grafen Westarp und mir in unseren gestrigen Reden ausdrücklich hervorgehoben worden.

Wir könnten überhaupt eine Parteikoalition, zu der man etwa jetzt schreiten werde, nur als eine innerpolitische verstehen, die auch vollständig so gemeint sei und auch so aufgefaßt werde.

In einer solchen Hinsicht mir aber allerdings eine unbedingte Notwendigkeit nicht vorzuliegen. Heute, unmittelbar vor den Wahlen vom 30. Februar, sei die Situation bezüglich der Volksstimme viel zu ungelöst, um darauf eine innerpolitische Koalition von solcher politischer Bedeutung aufzubauen. Herr Dr. Weder erklärte darauf, daß eine wirkliche innerpolitische Koalition überhaupt nicht möglich sei, nicht nur die Deutschnationale Volkspartei,

sondern auch die Deutsche Volkspartei könne auf die Dauer mit der Reichspartei nicht zusammengehen;

eine solche Koalition müsse alsbald wieder von selbst zusammenbrechen. Man brauche jetzt nur eine Koalition nach außen hin, „auf 6 bis 8 Wochen“,

nur damit die Regierung die Verhandlungen in London mit der erforderlichen Rückenstärkung erledigen könne. Von Herrn Dr. Nieber wurde gelegentlich bemerkt, daß man sich die Regierung so gebildet habe, daß von den Deutschnationalen nur

Minister ohne Portefeuille

geholt würden — ein weiterer Beweis dafür, daß es sich um eine einschließliche innerpolitische Koalition nicht handeln sollte.

Wir schen ein solcher Vorschlag politisch unmöglich; die Koalitionen wären meiner Ansicht nach nur eine Scheinkoalition gewesen, die als solche rasch von deutschen Volk wie von der Entente alsbald erkannt werden wäre und die Gefahr einer gewaltigen Enttäuschung in sich trüge. Ich habe diese meine Auffassung in die Worte geäußert, daß wir, d. h. sowohl die Deutschnationalen wie auch die Deutsche Volkspartei — diese Vorschläge dem Volke m. G. gar nicht verständlich machen könnten; es genüge nicht, wenn die Parteileitungen etwa in Berlin am gleichen Tisch beizusitzen und vielleicht gute Worte dafür zu haben gäben, sondern die beiderseitigen Anhänger im Lande wollten die Sache doch auch verstehen, und eine künstliche Konstruktion werde diesen Wählermassen nicht einengen; wir, die Deutschnationalen, hätten schon

das letzte Mal 4 Millionen Wähler

gehört, und wie sollte man denen, die bisher noch ganz anderer Richtung angehängelt seien, eine solche Lösung klar machen? Sie würden sich dagegen auflehnen und anstatt sie einmütig hinter der Koalition zu haben, was doch an sich notwendig wäre,

würde ich vielleicht eher weggelassen werden.

Herr Dr. Weder meinte, ich unterliege wohl das Streben nach einer Einigung in den Wählermassen, wie es nach seinen Informationen auch in den Kreisen der Deutschnationalen vorhanden sei. Nachdem ich wiederholt betont hatte, daß auch wir eine Einheitsfront wollten, die sich nur in den Realitäten von dem Vorschlage der beiden Herren unterschiede, und nachdem über die Möglichkeiten einer Aufhebung der von mir fragierten Einheitsfront und her gesprochen war — Herr Dr. Weder hielt u. a. die Selbstvertagung des Reichstages wegen des Widerpruchs der äußersten Linien für nicht diskutabel —, äußerte sich der beiden Herren ihr lebhaftes Bedauern darüber, daß ich offenbar den von ihnen vorgeschlagenen Koalitionsgebanten für ausföhrlich halte und sie

daraufhin ihre Anrechnung für erledigt hielten.

Im Laufe der Besprechung war schon einmal von Herrn Dr. Nieber bemerkt worden, daß auch das Zentrum die von ihnen vertretene Auffassung teile. Nach am Schluß der Unterredung, während sich die Herren erhoben, teilte Herr Dr. Nieber mündlich mit, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei sich schon am Tage vor der Angelegenheit befehligt habe und übereinstimmend — oder einstimmig — der Ansicht sei, daß die vorgeschlagene Koalition die einzig gebundene Lösung sei. Daraus, daß die beiden Herren im ausdrücklichen Auftrag ihrer Fraktionen gekommen seien und

ein offizielles Angebot

überbrachten, ist mir überhaupt nicht mitgeteilt worden. Die erstgenannte Schlussbemerkung habe ich unmöglich als solches Angebot auffassen können, nachdem die Unterredung am Entschlossen

als vertraulich bezeichnet war, mir auch nicht Herr Dr. Stresemann als Fraktionsvorsitzender gegenüberstand, sondern zwei Herren der Fraktion, von denen ich annehme, daß sie sich der Deutschnationalen Volkspartei im vorliegenden Falle besonders nahefühlen würden und bei mir in offener und freier, aber vertraulicher Aussprache zunächst konsultieren wollten, ab etwa eine Aktion in der von ihnen vorgeschlagenen Weise mit Rücksicht auf Erfolg gemeinsam in die Wege geleitet werden könnte.

Unmittelbar nach der Unterredung fragten mich verschiedene Fraktionskollegen, so die Angehörigen von Dr. Delbrück und Schulz-Wechsungen, was die beiden Herren der Deutschen Volkspartei bei mir gesagt hätten. Ich habe erwidert, daß die Besprechung von den Fraktionen als streng vertraulich bezeichnet sei und ich mich dadurch gebunden fühle. Herr Dr. Delbrück, der mich gleich darauf zu der von dem Minister Simon anberaumten Besprechung der Parteiführer schickte, habe ich gleichwohl, mehrere Mitteilungen über die Unterredung machen zu sollen, weil die Angelegenheiten der Herren Dr. Weder und Dr. Nieber möglichst rasch in dieser Konferenz von neuem den Gegenstand der Erörterungen bilden könnten. In der Konferenz ist aber von keiner Seite der Gedanke einer Parteikoalition berührt worden; im Gegenteil ging aus verschiedenen Ausführungen der Parteiführer hervor, daß garzert eine einschließliche

Parteikoalition von den Deutschnationalen bis zu den Reichsparteien ausföhrlich

getrieben wäre.

Bei der Rückkehr in den Reichstog wurde mir ein

Artikel der B.3. am Mittag

vorgelegt, in dem zu meiner höchsten Überraschung von einem offiziellen Angebot der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen und dessen Ablehnung durch mich die Rede war. Nunmehr habe auch ich mich an die Vertraulichkeit der Vorbereitungsunterredung nicht mehr gebunden, und zwar insofern, als ich — immer noch unter Zurückhaltung in Bezug auf Einzelheiten — dem zurüchhaltig im Reichstoge sich eben versammelnden Parteivorstand und dann der Reichstagsfraktion von den Hauptpunkten des besprochenen Angebotes, die Zustimmung der mir sachlich eingemommenen Meldung erbat und vorbrachte, daß ich beauftragt würde, falls wirklich die Deutsche Volkspartei die Anregungen der Herren Nieber und Weder als offizielles Angebot betrachtet haben oder jetzt behandeln sollte, nunmehr in offizieller Weise eine Stellungnahme unserer Fraktion dazu anzufertigen. Dies wurde gutgeheißen.

Am Nachmittag sprach ich dann im Plenum des Reichstages Herrn Dr. Nieber in einem Befremden darüber aus, daß in der Presse in Bezug auf ein offizielles Angebot der Deutschen Volkspartei und seiner Ablehnung durch die Deutschnationalen gesprochen wurde, während doch nur ein vertrauliches Meinungsangebot stattgefunden hätte. Er erwiderte, daß er selbst doch am Schluß der Unterredung den „Auftrag“ seiner Fraktion ausdrücklich mitgeteilt

hätte, und sprach wiederholt sein Bedauern darüber aus, daß der Versuch zur Herstellung einer Koalition fehlerhaft gewesen wäre. Auf meinen Einwand, daß ja die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei nun überhaupt erst zu der Sache Stellung nehmen müsse, nachdem sie den Charakter der Anregung als offizielles Angebot erfahren habe, einigten wir beide und dahin, daß ich nunmehr meine Fraktion offiziell mit dem Angebot befaßte, er aber in der, wie er sagte, unmittelbaren bevorstehenden Sitzung seiner Fraktion nun auch meine Rückschlüsse über die Bildung einer Einheitsfront und die dabei erörterten weiteren Möglichkeiten zur Ausgestaltung dieser Einheitsfront zur Erörterung stellen sollte.

Er notierte sich darauf,

„damit nicht neue Mißverständnisse vorkommen, die verschiedenen Punkte, nämlich erstens Vertrauensverhältnis und Festlegung auf ein Regierungsprogramm mit dementsprechender Aufnahme und andererseits die weiteren Möglichkeiten, wie Selbstvertagung des Reichstages und Ernennung von Ministern, die von den verschiedenen Parteien präferiert werden sollten, ohne daß letztere eine einschließliche Koalition bildeten, — geoffenbar machen als freiwillig-diktatorischen Ministern.“

Am 2. Februar vormittags erschienen die Herren

Dr. Weder und Dr. Nieber bei dem Grafen Westarp und mir,

um sich über die Notiz eines rechtsprechenden Berliner Blattes vom Nachmittag zuvor zu beschweren, in der behauptet war, daß zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei überhaupt noch keine Verhandlungen über eine Koalition der nationalen Verteidigung stattgefunden hätten. Ich habe mein Bedauern darüber ausgedrückt, daß diese Unrichtigkeit in die Presse gelangt sei; ich selbst stehe dieser Notiz völlig fern; sie erklärt sich daraus, daß ich die Unterredung vom 1. Februar die Mittag als streng vertraulich behandelt habe, und daher zu jener Zeit von seiten meiner Fraktionskollegen in Ermangelung genauer Kenntnis der Dinge eine andere Information als die bestandene nicht wohl haben gegeben werden können. Die Quasifrage sei so aber, daß inzwischen meine Fraktion offiziell und die Fraktion der Deutschen Volkspartei erneut mit der Sache befaßt worden seien und man auf einen befristeten Verlauf der Angelegenheit hoffen könne. Daraufhin

erklärte indessen Herr Dr. Weder namens seiner Fraktion, daß er diese Sache mit der durch mich als Vorsitzender der deutschnationalen Fraktion am Tage zuvor ungewollt erklärten Ablehnung als erledigt ansehe.

Nach jener Unterredung habe man sich auch offiziell an die Reichsparteien gewendet, und zwar ohne von der vorherigen Ablehnung durch den Vorsitzenden der Deutschnationalen Fraktion etwas zu sagen, was nicht dem Einwand aus-

Wegen zu wissen, ob die mehrheitlichdemokratische Partei auch jene „Abweisung“ beifolgt sei;

die Mehrheitssozialisten hätten die vorgeschlagene Koalition von den Deutschnationalen bis einschließlich Mehrheitssozialisten ihrerseits abgelehnt;

die Angelegenheit zu einer solchen Bildung sei also verpöht. Es wurden dann noch nähere Mitteilungen über die mit Herrn Dr. Reimborn bereits vor unserer Unterredung vom 1. Februar gepflogenen Verhandlungen gemacht. Im übrigen wurden die verschiedenartigen Auffassungen von dem Inhalt dieser Unterredung durchgesprochen, ohne daß eine Klärung der vorgekommenen Mißverständnisse möglich war. Dabei wurde von den Herren Dr. Nießer und Dr. Becker zur Unterstützung ihrer Angaben mitgeteilt, daß sie gleich nach Verlassen meines Zimmers eine Niederschrift über das von mir Gesagte angefertigt hätten.

Zusammenfassend habe ich zur Sache erklärt, daß wir nach dem Verhalten Herrn Dr. Nießers zum Nachmittage zuvor nicht hätten annehmen können, daß die Angelegenheit für die Deutsche Volkspartei erledigt sei, daß wir auch aus der Mitteilung über die augensichtliche Stellungnahme der Mehrheitssozialisten diesen Schluß unsererseits nicht ziehen konnten, weil die Dinge oem Feindbünd gegenüber ja noch völlig in Flut wären, und daß wir uns vorbehalten, nach Beratung in der Fraktion nunmehr von uns aus den abgebrochenen

Verhandlungen wieder anzuknüpfen und mit Vorschlägen wegen Bildung einer geeigneten Einheitsfront zu kommen.

Diese Vorschläge sind dann noch am selben Tage auf Grund eines einmütigen Beschlusses der Fraktion in einem an Herrn Dr. Stresemann gerichteten Schreiben der Deutschen Volkspartei unterbreitet worden. Aus diesem Schreiben hat sich ein weiterer Schriftwechsel entwickelt, der noch heute nicht abgeschlossen ist, jedoch erfreulicherweise erkennen läßt, daß die Auffassungen über das einerseits bis zur Londoner Konferenz und andererseits für den Fall ihres Scheiterns einzuschlagende Verfahren zur Bildung einer Einheitsfront durch- arä übereinstimmen. Das Weitere nach dieser Richtung muß abgewartet werden.

Die kommunistische Wahlparole

In einem Wahlaufreife der „Roten Fahne“ lesen wir folgende Sätze:

Proletariat! Laßt euch nicht wieder zum tausendsten Male einfangen durch heuchlerische Wahlsprechungen, und seien sie noch so eingehüllt in revolutionäre Phrasen wie bei den Unabhängigen.

Bekannt euch zu den unerbittlichen Feinden der Bourgeoisie und ihrer Demokratie!

wendet euch ab von denen, die offen diese Demokratie blutig verteidigen.

wendet euch ab von denen, die diese Demokratie un- scheidbar bekämpfen und nur für eine unheilbare Galt- biflutur zu haben sind.

Sendet unerbittliche Heinde des Parla- mens in Kerker, macht kommunistisch und bekennt so laut und vernehmlich, daß ihr nur in dem Kampf für die Liquidation des Parlamentes den einzigen Ausweg erkennt, und daß ihr zu diesem Kampfe fest und unbeugsam entschlossen seid.

Schöne Sätze haben vor einigen Tagen auch in dem Zentralorgan der „Unabhängigen“, der „Freiheit“, zum Ausdruck gefunden. In diesem Organ sind diese Ziele der Unstabilitäten unserer Zeiten nicht mehr, aber die unverhüllte Form der Agitation als Wahl- parole (in einem demokratischen Staat) bemitt die Freiheit, mit der die Proletarier auf den Umsturz hinstreben, und be- deutet nicht die ganze Größe der Gefahr für das Bürgertum. Im so genannten Kampf der Freiheit an- ansicht, um im neuen Reichsparlament eine Wechse- lsoffen, die gemitt ist, den oben genannten Zielen, der Un- stabilitäten entgegenzutreten.

Die Arbeitlosenversicherung. Wie aus dem Reichsarchiv- ministerium mitgeteilt wird, wird dort gerade der Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Arbeitlosenversicherung vor- bereitet. In diesem Entwurfe ist die Arbeitlosenversicherung für eng an den Entwurf des Arbeitslosen-Gesetzes an- schließend. Es ist zu hoffen, daß der Entwurf schon im März mit den Reichstagsräten, den Ländern und den Interessenten er- öffnet werden kann.

Handwerker! Handwerkerinnen!

Folgt der beschlossenen Wahlparole. Gebt eure Stimme nur der Partei, die uns hilft, organisierte Handwerkerführer in das Parlament zu entsenden. Sorgt dafür, daß unsere Flugblätter und Bekanntmachungen überall bekannt und befolgt werden. Meldet Euch zu Wahlhelfern für unsere Kandidaten.

Der Bundes-Vorstand.

Offizielle Bundeskandidaten zur Landtagswahl in Preußen.

Wahlbezirk	Deutschnationale Volkspartei	Deutsche Volkspartei	Christliche Volkspartei	Demokratische Volkspartei
Berlin	—	Klempnermeister Mulack-Berlin	—	Tischlermstr. Rahardt-Berlin
Potsdam I	Schmiedemeister Günther Neuhaus (Mark)	—	—	—
Potsdam II	Tischlermeister Rimbel-Berlin	—	—	Kammersekretär Wagner-Berlin
Frankfurt (Oder)	Kammer Syndikus Dr. Dolehoff Frankfurt (Oder)	—	—	—
Pommern	Buchdruckereibesitzer Graf Anklam Kammer Syndikus Mengel-Stettin	Maurermeister Moritz-Rolberg	—	—
Breslau	Schornsteinfegermeister Konrad-Breslau	—	—	—
Merseburg	Gärtnerereibesitzer Horn-Eilenburg	—	—	—
Erfttal	—	Malermstr. Stein-Mühlhausen i. Th.	—	—
Kassel	Berleger A. Werner-Riederkaufungen	—	—	—

Nun seht selbst, wer die Partei des Handwerks ist, wer die Vertreter eures Bundes an aussichtsreiche Stellen gesetzt hat!